



EINFÜHRUNG INS DEUTSCHE ENERGIE- UND KLIMARECHT

RITTER GENT
COLLEGES

Prof. Dr. Kai Gent, M.L.E.
Leibniz Universität Hannover
WS 2025/26
gent@ritter-gent.de

01

EINFÜHRUNG, AKTUELLE SITUATION,
REGULIERUNG I

02

REGULIERUNG II: NETZANSCHLUSS,
NETZZUGANG, BILANZKREISE

03

REGULIERUNG III:
INDUSTRIENETZENTGELTE,
STROMMARKT, H2
GENEHMIGUNGSRECHT

04

GRÜNSTROM: HKNS, PPA, EIGEN-
ERZEUGUNG, FÖRDERUNG
HEUTE/ZUKUNFT, REDISPATCH 2.0*

05

KLIMARECHT I, FOOTPRINT, KOMPEN-
SATION, KLIMANEUTRALITÄT, WERBUNG*

06

EKLIMARECHT II:
EMISSIONSSCHEINHANDEL, FÖRDERUNG
(KSV, INDUSTRIESTROMPREIS)

07

VORBEREITUNG KLAUSUR

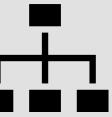
RITTER GENT
COLLEGES

*Änderungen möglich



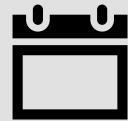
AGENDA 01

Vorstellung, Orga



Aktuelle Situation

Vorlesung



Basics, Energieregulierung I

ORGA-RÜCKFRAGEN

Alles Organisatorische über StudIP in Verantwortung von:

Frau Beate Pieschel

Leibniz Universität Hannover

Institut für Antriebssysteme und Leistungselektronik

Welfengarten 1, 30167 Hannover

Tel.: +49(0)511-762-2546

beate.pieschel@ial.uni-hannover.de

ORGA-KLAUSUR

1. **Termin:** 24.02.2025, 11:30 Uhr
2. **Ort:** ???
3. **Art:** Multiple Choice, neues System: Falsche und fehlerhaft gekennzeichnete Antworten geben Punktabzug!
4. **Hilfsmittel:** keine
5. **Anmeldungen:** Prüfungsamt (i.d.R. online über das QIS)

ORGA-VORLESUNGSTERMINE

1. Block: 12.11. 19.11. 26.11. 03.12.

2. Block: 14.01. 21.01. 28.01.

Lieber Herr Gent,

der Raum ist derselbe: Raum A145 (ehemals 135), Gebäude 3403, WMR-Gebäude, Appelstraße 11/11a. Der Transponder sollte dafür weiterhin funktionieren.

Einige Ausnahme ist der Termin am 26.11.2025. Da ist für Sie der Hörsaal F107 hier im Hauptgebäude 1101, Welfengarten 1, gebucht. Der ist in der Regel offen, ansonsten kurz einen Studierenden vorbeischicken und wir schließen auf.

VORLESUNG

- 1. Präsensveranstaltung**
- 2. Leitlinie/Themenauswahl**
Zukunft Energiewende, CO2-Transformationsprozesse
- 3. Beratungsfälle**
- 4. interaktiv**
- 5. Aktuelles, Politik, Gesetzgebung**
- 6. praxisnah**
- 7. auch einiges an Energiewirtschaft**
- 8. 2-Block-Veranstaltung**

RGC NEWS



RGC-Mediawelt

▪ Nachrichtenportal www.rgc-news.de

The screenshot shows the homepage of the RGC News website. At the top, there's a navigation bar with links for "STARTSEITE", "ENERGIE", "KLIMA & CO2", "UMWELT", "RECHT & POLITIK", "RGC-INSIDE", "LINKS, DATEN & TOOLS", and a search icon. A banner features a woman and the text "Ein Muss! Unsere RGC-News-APP". Below the banner, there's a section titled "Latest News" with a thumbnail of a person at a desk with a sign that says "#VEA-Preisindex". To the right, there's a calendar for October 2023 and a "Top News" section with several news items.

▪ RGC-News-APP:

The screenshot displays the RGC News App interface. It features a dark background with the text "RGC NEWS APP" and "ENERGIE, KLIMA, UMWELT" prominently. On the right, two smartphones show different screens of the app, which includes sections for "Videos", "Events", "News", and "Schulungskurse". Arrows point from these sections to their respective icons. At the bottom, there are download links for the App Store and Google Play, along with a QR code and the text "BESUCHEN SIE UNS" and the website "www.rgc-news.de".

AKTUELLE SITUATION - WIRTSCHAFT



INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT



17. September 2025

Quelle:

<https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/michael-groemling-deutsche-wirtschaft-stagniert-2025-investitionskrise-verschaerft-sich-weiter.html>

Konjunktur: Deutsche Wirtschaft stagniert 2025 - Investitionskrise verschärft sich weiter

Schwache Industrie, rückläufige Investitionen und eine getrübte Außenwirtschaft: Die deutsche Wirtschaft erholt sich 2025 nicht, wie die neue Konjunkturprognose des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zeigt. Erst im kommenden Jahr ist eine Trendwende in Sicht.

Die Ergebnisse im Detail:

- Trotz Zoll-Deal mit Trump: Die deutsche Wirtschaft leidet besonders unter der unberechenbaren US-**Außenhandelspolitik**. Die Exporte werden 2025 voraussichtlich um rund 0,5 Prozent sinken. 2026 dürften sie sich höchstens leicht erholen. Eine Rückkehr zu alten Verhältnissen ist aber wegen der schwierigen Weltlage nicht in Sicht.
- Die ungewisse Weltlage und der Reformstau in Deutschland bremsen die **Investitionen** spürbar aus: Die Bruttoanlageinvestitionen lagen im ersten Halbjahr 2025 1,7 Prozent unter dem Vorjahr; das Investitionsniveau liegt etwa elf Prozent unter dem Stand von 2019. Besonders gravierend ist der Rückgang bei den Ausrüstungsinvestitionen (minus 2,5 Prozent in diesem Jahr) – sie entscheiden, welches Wachstum in den kommenden Jahrzehnten möglich ist.

AKTUELLE SITUATION - WIRTSCHAFT

ifo Konjunkturprognose 4. September 2025

**ifo Konjunkturprognose
Herbst 2025:
Finanzpolitik könnte
deutsche Wirtschaft aus
der Krise hieven**

Quelle

<https://www.ifo.de/fakten/2025-09-04/ifo-konjunkturprognose-herbst-2025-finanzpolitik-koennte-deutsche-wirtschaft-aus>

Die **deutsche Wirtschaft** steckt weiterhin in der Krise. Nach einer Stagnation in der ersten Jahreshälfte 2025 wird im laufenden Jahr ein Wachstum des **preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts** von 0,2% erwartet. Für 2026 und 2027 wird ein Anstieg der Wirtschaftsleistung um 1,3% bzw. 1,6% prognostiziert. Zur Erholung trägt die neue Bundesregierung bei, sofern sie ihre Vorhaben, die sich aus der neuen Finanzverfassung für Infrastruktur und Verteidigung ergeben und die in den Koalitionsverhandlungen angekündigt wurden, entschlossen umsetzt.

Lage der deutschen Wirtschaft

Die **gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten** sind weiterhin unterausgelastet. Unternehmen in allen Wirtschaftsbereichen berichten über eine **anhaltend schwache Nachfrage** bezüglich ihrer Waren und Dienstleistungen sowie über eine Verschlechterung ihrer internationalen Wettbewerbsposition. Das **Exportgeschäft** wird durch die US-Importzölle belastet, die im Prognosezeitraum voraussichtlich unverändert bleiben. Zwar konnten Industrieproduktion und Exporte im Verarbeitenden Gewerbe im ersten Quartal 2025 durch vorgezogene Verkäufe an US-Kunden stimuliert werden, im zweiten Quartal sanken Produktion und Exporte wieder leicht. Die Unternehmensinvestitionen zeigen seit Jahresbeginn eine leichte Aufwärtsbewegung.

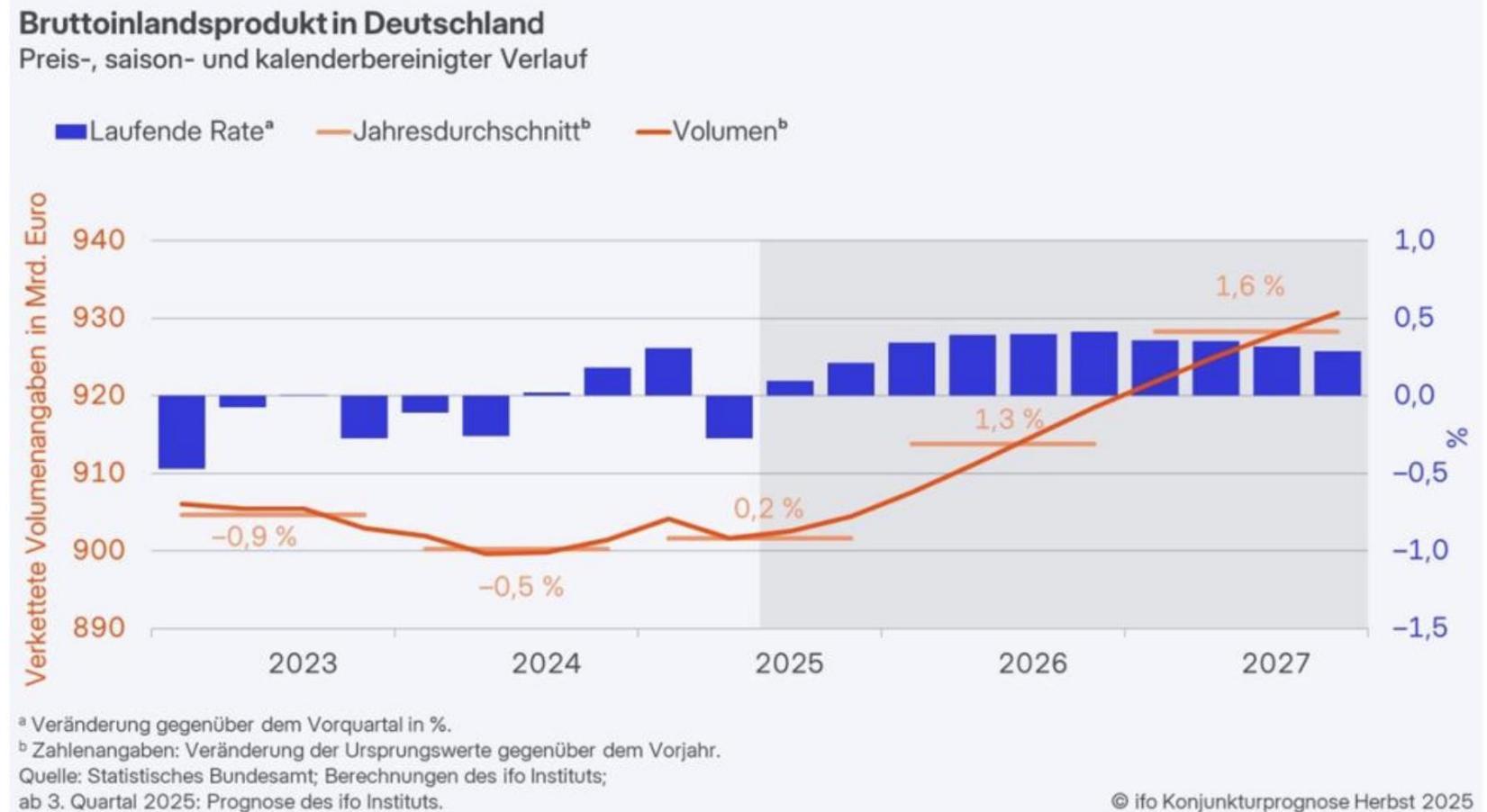
Die **Bauwirtschaft** befindet sich weiterhin in einer Rezession: Die erhöhte Nachfrage im Tiefbau, getragen von der Ausweitung der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen, konnte die Schwäche im privaten Wohnbau nur teilweise ausgleichen. Der **private Konsum** erholt sich nur noch langsam. Die Kaufkraftgewinne, die mit dem Anstieg der real verfügbaren Einkommen einhergehen, nehmen ab, und die Verbraucherstimmung hat sich in den vergangenen Monaten eingetrübkt.

AKTUELLE SITUATION - WIRTSCHAFT

ifo Konjunkturprognose 4. September 2025

**ifo Konjunkturprognose
Herbst 2025:
Finanzpolitik könnte
deutsche Wirtschaft aus
der Krise hieven**

Quelle
<https://www.ifo.de/fakten/2025-09-04/ifo-konjunkturprognose-herbst-2025-finanzpolitik-koennte-deutsche-wirtschaft-aus>



AKTUELLE SITUATION - WIRTSCHAFT

Prognose der deutschen Wirtschaft

Im dritten Quartal 2025 dürfte die **Wirtschaftsleistung** im Vergleich zum Vorquartal nur leicht um 0,1% steigen. Im weiteren Verlauf spielt die **Finanzpolitik der neuen Bundesregierung** eine entscheidende Rolle: Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag wie beschleunigte Abschreibungen, Senkungen der Umsatzsteuer in der Gastronomie sowie der Stromsteuer für das Produzierende Gewerbe, reduzierte Netzentgelte und die Erhöhung der Pendlerpauschale sollen Unternehmen und Haushalte entlasten. Die Fiskalimpulse liegen 2025 bei 9 Mrd. Euro, 2026 bei 38 Mrd. Euro und 2027 bei 19 Mrd. Euro. Wenn die Maßnahmen konsequent umgesetzt werden und dadurch die hohe Unsicherheit weicht, könnte die Finanzpolitik die deutsche Wirtschaft aus der Krise hieven: die vierteljährlichen Zuwachsraten beim BIP könnten bis zu 0,4% erreichen, die Unterauslastung sich verringern und eine Erholungsphase eingeleitet werden. Im Jahr 2027 dürfte sie als Folge der fiskalischen Impulse sogar in eine Überauslastung steuern.

ifo Konjunkturprognose 4. September 2025

**ifo Konjunkturprognose
Herbst 2025:
Finanzpolitik könnte
deutsche Wirtschaft aus
der Krise hieven**

Arbeitsmarkt

Die Krise schlägt sich auch auf dem Arbeitsmarkt nieder. Die Erwerbstägenzahl dürfte 2025 nur um 19.000 steigen, weil die Partizipationsquote insbesondere der zugewanderten Bevölkerung weiter kräftig zunimmt. Gleichzeitig nimmt voraussichtlich die registrierte **Arbeitslosigkeit** um 155.000 zu und die Arbeitslosenquote steigt auf 6,3%. In 2026 dürfte die Zahl der Erwerbstägen um 96.000, 2027 um 225.000 steigen, während die **Arbeitslosenquote** auf 6,1% bzw. 5,4% sinkt. Der **Arbeitsmarkt** profitiert von der wirtschaftlichen Erholung, wird aber durch den demografischen Wandel gebremst.

Inflation

Die **Inflationsrate** dürfte 2025 bei 2,2% liegen und 2026 auf 2,1% sinken. Die Energiepreise werden voraussichtlich weiter zurückgehen, weil Anfang 2026 unter anderem die Netzentgelte gesenkt und die Gasspeicherumlage abgeschafft werden. Auch bei den Dienstleistungen dürfte sich der Preisauftrieb allmählich abschwächen: Im Januar 2026 sinkt die Umsatzsteuer in der Gastronomie, und der allgemeine Lohnauftrieb schwächt sich im kommenden Jahr ab. Einem stärkeren Rückgang der Lohnkosten wirkt allerdings die kräftige Anhebung des Mindestlohns in den kommenden beiden Jahren entgegen. Da zudem die Konjunktur an Fahrt gewinnt, wird sich der Lohnauftrieb insgesamt im Jahr 2027 wohl wieder etwas beschleunigen.

Die **Kerninflationsrate**, also der Anstieg der Verbraucherpreise ohne Energie, sinkt von 2,6% im laufenden Jahr auf 2,4% 2026, steigt aber 2027 leicht auf 2,5%. Zudem wird angenommen, dass der CO₂-Preis im Jahr 2027 deutlich ansteigt, was die Energie verteuert und die Gesamtinflation auf 2,6% erhöht.

Staatsfinanzen

Die **Finanzpolitik** ist 2025 insgesamt leicht restriktiv ausgerichtet, was trotz der zusätzlichen fiskalischen Impulse der neuen Bundesregierung auf das Auslaufen der Inflationsausgleichsprämien sowie der kräftigen Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge zurückzuführen ist. Daher sinkt das Defizit auf 2,1% des BIP. Mit der Ausweitung der fiskalischen Maßnahmen liegt es in den kommenden beiden Jahren bei 3,0% und 2,7%. Der Bruttonschuldenstand erhöht sich bis 2027 auf 63,5% des BIP. In 2027 werden die expansiven fiskalischen Impulse durch einen höheren CO₂-Preis und Sozialversicherungsbeiträge teilweise kompensiert.

AKTUELLE SITUATION - WIRTSCHAFT

Krise der deutschen Autobranche



tagesschau24 live ▶

Startseite > Wirtschaft > Unternehmen > Krise in der deutschen Autoindustrie: Über 50.000 Jobs sind weg

Die deutsche Autoindustrie baut in der Krise massiv Stellen ab. Laut einer Studie sind in einem Jahr mehr als 50.000 Jobs verloren gegangen - so viele wie in keiner anderen Branche.

≡ "Massive Gewinneinbrüche" und Sparprogramme

In der Autobranche belief sich das Umsatzminus auf 1,6 Prozent. Die Autobauer leiden unter Absatzflauten, starker Konkurrenz aus China und dem teuren Umstieg auf Elektromobilität. Hinzu kommen hohe Energiepreise, Bürokratie und der Zollstreit mit den USA, der deutsche Exporte verteuert.

Hersteller wie Mercedes-Benz, VW oder Zulieferer wie Bosch und Continental haben bereits Sparprogramme angekündigt. Porsche will seine Batterietochter Cellforce weitgehend einstellen.

"Massive Gewinneinbrüche, Überkapazitäten und schwächernde Auslandsmärkte machen einen deutlichen Stellenabbau unumgänglich - gerade in Deutschland, wo Management-, Verwaltungs- und F&E-Funktionen angesiedelt sind", sagt EY-Experte Jan Brorhikler. F&E steht für Forschung und Entwicklung.

Stand: 26.08.2025 09:14 Uhr

Quelle

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/autobranche-industrie-jobs-100.html>

AKTUELLE SITUATION - WIRTSCHAFT

Industrie

„Stahlgipfel“ beim
Bundeskanzler - darum ging es

Handelsblatt

06.11.2025 - 16:16 Uhr

Quelle

<https://www.handelsblatt.com/dpa/industrie-stahlgipfel-beim-bundeskanzler-darum-ging-es/100171870.htm>

Berlin. Die deutsche Stahlindustrie ist laut Bundeskanzler Merz in einer „existenzbedrohenden Krise“ - ein „Stahlgipfel“ im Kanzleramt soll helfen: Was kann die Politik tun, damit die Unternehmen auch in Zukunft in Deutschland

Was sind die drängendsten Probleme?

Die Branche klagt über unfaire Wettbewerbsbedingungen. „Massiv zunehmende und oft unfair subventionierte Importe drängen auf den EU-Markt“, heißt es beim Branchenverband. Jede dritte in der EU eingesetzte Tonne Stahl komme inzwischen aus Drittstaaten. Zum anderen machen hohe Energiepreise den Firmen schwer zu schaffen. Schließlich hat sich in den vergangenen Jahren auch die Konjunkturschwäche ausgewirkt. Seit 2017 ist laut Branchenverband das Marktvolumen um rund ein Drittel gesunken. Hinzu kommen Milliarden-Kosten für die Umstellung der Produktionsverfahren Richtung Klimaneutralität.

AKTUELLE SITUATION - WIRTSCHAFT

Handelsblatt

Industrie

„Stahlgipfel“ beim
Bundeskanzler - darum ging es

06.11.2025 - 16:16 Uhr

Quelle
<https://www.handelsblatt.com/dpa/industrie-stahlgipfel-beim-bundeskanzler-darum-ging-es/100171870.htm>

Warum soll die Stahlherstellung klimafreundlicher werden?

Weil die Stahlindustrie extrem viel klimaschädliches Kohlendioxid ausstößt. Etwa sieben Prozent der gesamten CO2-Emissionen in Deutschland gehen auf das Konto der Branche. Verantwortlich ist dafür vor allem die klassische Roheisenerzeugung in Hochöfen, bei der sehr viel Kohlenstoff etwa in Form von Koks benötigt wird. Er sorgt für Hitze und entzieht dem Eisenerz den Sauerstoff, was Reduktion genannt wird. Derzeit werden rund 70 Prozent des Roheisens in Hochöfen gewonnen. Für die übrigen 30 Prozent wird Schrott in großen, elektrisch betriebenen Öfen eingeschmolzen.

AKTUELLE SITUATION - WIRTSCHAFT

Handelsblatt

Industrie

„Stahlgipfel“ beim
Bundeskanzler - darum ging es

06.11.2025 - 16:16 Uhr

Quelle

<https://www.handelsblatt.com/dpa/industrie-stahlgipfel-beim-bundeskanzler-darum-ging-es/100171870.htm>

|

Was kam beim Stahlgipfel raus?

Laut Bundeskanzler Merz eine große Einigkeit darüber, was zu tun ist. Der Kanzler ging nach dem Treffen auf drei Bereiche näher ein: So brauche die Stahlindustrie einen wirksamen Außenhandelsschutz unter anderem wegen umgeleiteter Warenströme aus China, die wegen der US-Zölle die Märkte überschwemmen. Nötig sei auch eine Senkung der Energiepreise. Er verwies auf die Absicht der Bundesregierung, einen Industriestrompreis einzuführen. Darüber wird aber noch mit Brüssel verhandelt. Man müsse schließlich dafür sorgen, dass bei der Beschaffung europäischer Stahl präferiert werde. „Wir müssen unsere Märkte schützen und unsere Hersteller schützen“, so der Kanzler.

AKTUELLE SITUATION - WIRTSCHAFT

Fünf Handlungsfelder für die künftige Wirtschaftspolitik

Die Gutachter empfehlen folgendes:

Beraterkreis BMWE: Strukturwandel zulassen, anstatt energieintensive Branchen zu fördern

Der wissenschaftliche Beraterkreis des BMWE zeigt fünf zentrale Handlungsfelder auf

07.10.2025 11:15



1. Innovation und Strukturwandel zulassen. Neue Technologien und Geschäftsmodelle brauchen offene Wettbewerbsprozesse statt staatlicher Detailsteuerung. Unternehmertum muss gesellschaftliche Rückendeckung erfahren.
2. Staatliche Investitionen strategisch ausrichten. Infrastruktur- und Verteidigungsausgaben dürfen nicht bloß Nachfrage stimulieren, sondern müssen durch klare Priorisierung, Monitoring und innovationsfreundliche Vergabe langfristig Produktivität und Resilienz stärken.
3. Systematische Deregulierung vorantreiben. Wachstumshemmende Regulierungen – von Datenschutz bis Baurecht – müssen entschlackt werden. Statt kleinteiliger Zielsteuerung gilt: weniger Vorschriften, mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung.
4. Sozialsysteme und Steuerpolitik reformieren. Ohne Anpassungen beim Renteneintrittsalter, einer Stärkung des Nachhaltigkeitsfaktors sowie einer Entlastung von Arbeit und Unternehmen wird der Sozialstaat zur Wachstumsbremse.
5. Europäische Integration vertiefen. Kapitalmarktunion, Energieintegration und neue Handelsabkommen können Skaleneffekte heben, Investitionen mobilisieren und die Wettbewerbsfähigkeit Europas sichern.

AKTUELLE SITUATION - ENERGIE

Neue Studie: Netzausbaukosten von 651 Mrd. € bis 2045

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) berechnet Kosten für ÜNB- und Verteilernetze



19.12.2024 08:30



DIHK-Studie: Aktuelle Energiewende-Politik kostet bis zu 5,4 Billionen Euro, es gibt aber einen "Plan B"

DIHK-Präsident fordert Kurswechsel



04.09.2025 07:30



© DIHK 2025

Konzeptpapier: Energiewende kostet 721 Mrd. EUR bis 2030 und 1,2 Billionen EUR bis 2035

BDEW und VKU schlagen Energiewende-Fonds (EWF) und BMF Diskussionspapier zur Förderung von EE-Investitionen vor

04.06.2024 08:00



Erin: nevels-cottonbrain-590979c

BNetzA bestätigt ÜNB-Netzentwicklungsplan 2024 für 2037/2045 - McKinsey prognostiziert Netzentgelte von 230 €/MWh bis 250 €/MWh in 2035

Der Netzausbau für ein klimaneutrales Zielnetz verschlingt dreistellige Milliardensummen und lässt Netzentgelte in nicht mehr darstellbarer Höhe befürchten

11.03.2024 14:00



Einige Kernaussagen der Studie der DIHK:

- Die Energiewende in ihrer aktuellen Ausgestaltung führt langfristig zu massiven Kostenbelastungen für Unternehmen und Haushalte, die mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland nur schwer vereinbar sind.
- Bei Fortführung der aktuellen Energiepolitik müssten sich die jährlichen privaten Investitionen in den Sektoren Energie, Industrie, Gebäude und Verkehr mehr als verdoppeln – von rund 82 Milliarden Euro im Mittel der Jahre 2020 bis 2024 auf mindestens 113 bis 316 Milliarden Euro im Jahr 2035.
- Zum Vergleich: Die gesamten privaten Investitionen in Deutschland betrugen im Jahr 2024 insgesamt rund 770 Milliarden Euro. Zur Umsetzung der Energiewende müssten sie, wie die Berechnungen aus der Studie zeigen, um 15 bis 41 Prozent steigen.
- Durch die Energiewende werden auch die Energiesystemkosten in den nächsten Jahren stark zunehmen. Dazu zählen neben Investitionen in die inländische Energieerzeugung und Infrastrukturen auch die laufenden Kosten, zum Beispiel für den Betrieb von Netzen und Kraftwerken sowie Ausgaben für Energieimporte. Insgesamt schätzt die Studie diese Kosten auf 4,8 bis 5,4 Billionen Euro für den Zeitraum 2025 bis 2049. Davon entfallen 2,0 bis 2,3 Billionen Euro auf Energieimporte, 1,2 Billionen Euro auf Netzkosten (Investitionen und Betriebskosten), 1,1 bis 1,5 Billionen Euro auf Investitionen in die Energieerzeugung und rund 500 Milliarden Euro auf den Betrieb von Erzeugungsanlagen.

AKTUELLE SITUATION - ENERGIE

Neue Studie: Netzausbaukosten von 651 Mrd. € bis 2045

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) berechnet Kosten für ÜNB- und Verteilernetze

19.12.2024 08:30



DIHK-Studie: Aktuelle Energiewende-Politik kostet bis zu 5,4 Billionen Euro, es gibt aber einen "Plan B"

DIHK-Präsident fordert Kurswechsel

04.09.2025 07:30



Konzeptpapier: Energiewende kostet 721 Mrd. EUR bis 2030 und 1,2 Billionen EUR bis 2035

BDEW und VKU schlagen Energiewende-Fonds (EWF) und BMF Diskussionspapier zur Förderung von EE-Investitionen vor

04.06.2024 08:00



BNetzA bestätigt ÜNB-Netzentwicklungsplan 2024 für 2037/2045 - McKinsey prognostiziert Netzentgelte von 230 €/MWh bis 250 €/MWh in 2035

Der Netzausbau für ein klimaneutrales Zielnetz verschlingt dreistellige Milliardensummen und lässt Netzentgelte in nicht mehr darstellbarer Höhe befürchten

11.03.2024 14:00



Einige Kernpunkte der Studie:

- Die Kosten für die Energiewende werden erheblich höher sein als bisher angenommen.

Vielfältige, uneinheitliche Zahlen- und Kostenschlacht

• Die Kosten für die Energiewende werden erheblich höher sein als bisher angenommen.

• Die Kosten für die Energiewende werden erheblich höher sein als bisher angenommen.

• Die Kosten für die Energiewende werden erheblich höher sein als bisher angenommen.

• Die Kosten für die Energiewende werden erheblich höher sein als bisher angenommen.

• Die Kosten für die Energiewende werden erheblich höher sein als bisher angenommen.

- Durch die Energiewende werden auch die Energiesystemkosten in den nächsten Jahren stark zunehmen. Dazu zählen neben Investitionen in die inländische Energieerzeugung und Infrastrukturen auch die laufenden Kosten, zum Beispiel für den Betrieb von Netzen und Kraftwerken sowie Ausgaben für Energieimporte. Insgesamt schätzt die Studie diese Kosten auf 4,8 bis 5,4 Billionen Euro für den Zeitraum 2025 bis 2049. Davon entfallen 2,0 bis 2,3 Billionen Euro auf Energieimporte, 1,2 Billionen Euro auf Netzkosten (Investitionen und Betriebskosten), 1,1 bis 1,5 Billionen Euro auf Investitionen in die Energieerzeugung und rund 500 Milliarden Euro auf den Betrieb von Erzeugungsanlagen.

AKTUELLE SITUATION - ENERGIE

PV-Branche unter Druck: Investoren für PV-Projekte fehlen, PV-Preise fallen und Meyer Burger meldet in Deutschland Insolvenz an

Düstere Signale aus dem PV-Markt!

03.06.2025 13:00



Erneuerbare in der Sackgasse: Erstmals keine Bieter bei Off-Shore-Wind-Ausschreibung!

PPA-Markt zusammengebrochen - Energiewende droht zu scheitern - Marktplayer müssen neue Vermarktungsmodelle entwickeln

07.08.2025 08:30



PV-Ausschreibung 12/2024 - mehr als 2fache Überzeichnung, Zuschlagswert fällt erneut um 6 % auf 4,76 ct/kWh

PV-Freiflächen verlieren für Projektierer immer mehr an Attraktivität

11.02.2025 13:30



Wind-Ausschreibung (08/25): Zuschlagswerte fallen seit 4 Gebotsrunden

Starker Wettbewerb - Überzeichnung von 2.291 MW

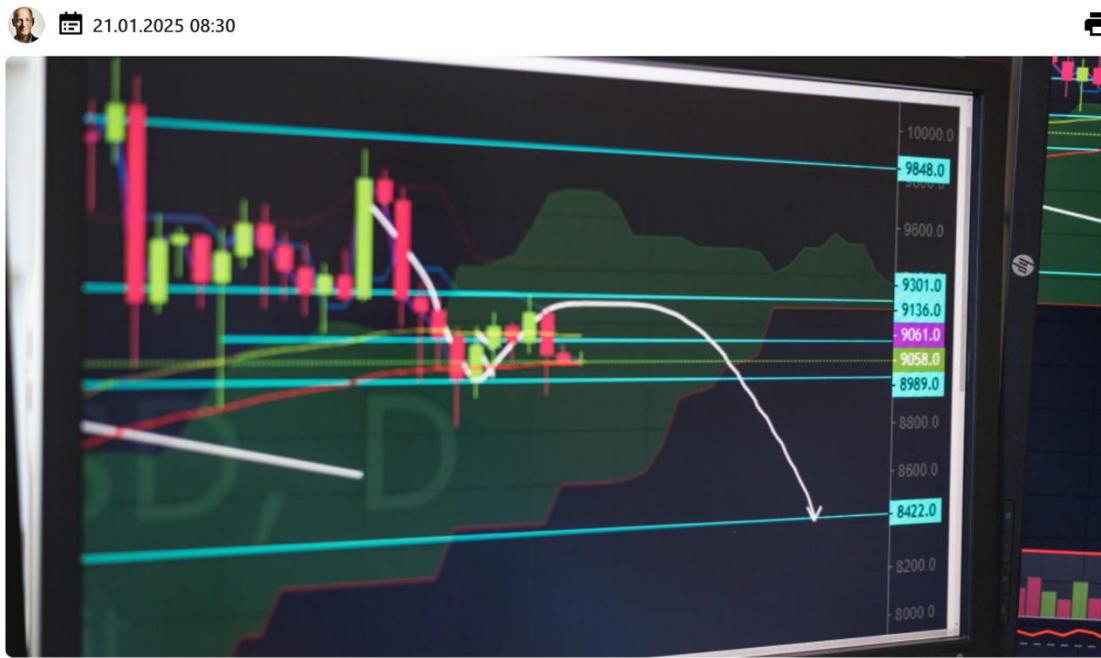
06.10.2025 07:30



AKTUELLE SITUATION - ENERGIE

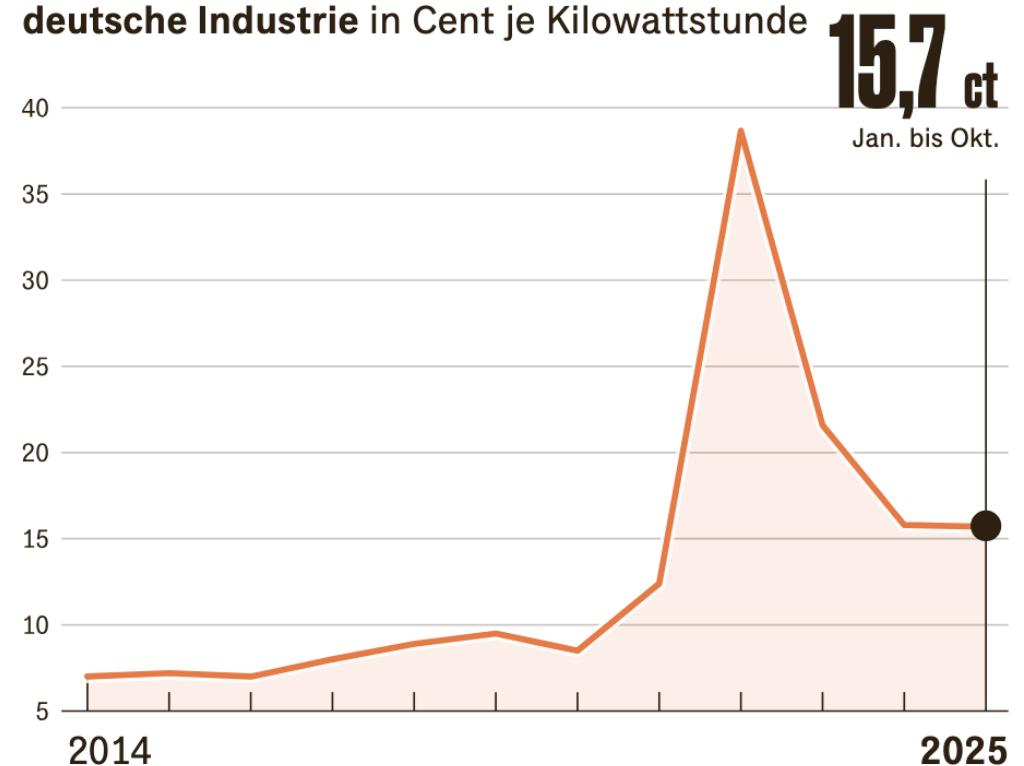
EPEX-Preise in 2024 um 16,8 % gesunken -
Erneuerbare machen ihren Job

Preise liegen niedriger als 2021 bei sechs laufenden Atomkraftwerken



Industriestrompreis

Durchschnittlicher Strompreis* für die
deutsche Industrie in Cent je Kilowattstunde



*ohne Steuern, Abgaben und Umlagen, Jahresverbrauch 160.000 bis 20 Mio. kWh
HANDELSBLATT • Quellen: BDEW, VEA

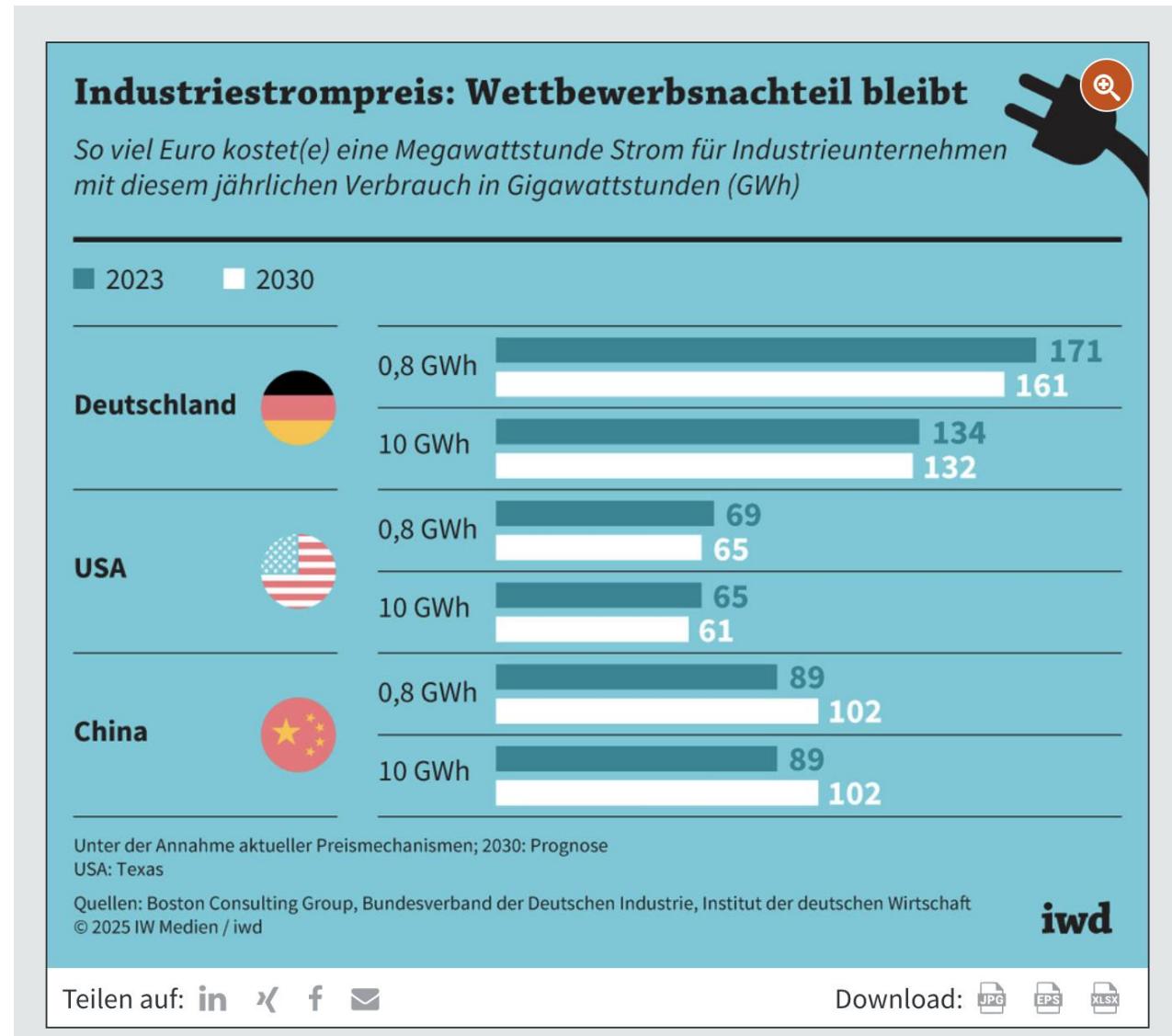
Quelle: <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/mittelstand/energie-wie-mittelstaendler-hohe-strompreise-vermeiden-koennen/100167767.htm>

AKTUELLE SITUATION - ENERGIE



Der Informationsdienst
des Instituts der deutschen Wirtschaft

Quelle
<https://www.iwd.de/artikel/das-strom-problem-der-deutschen-industrie-646476/>



AKTUELLE SITUATION - ENERGIE

Rekord bei negativen Spotpreisen - Schlechte Infos für EE-Betreiber und langjährige PPAs!

Schon 248 Stunden mit negativen Spotpreisen



Achtung Dunkelflaute: Heute Strompreise von über 800 €/MWh von 17 bis 19 Uhr!

EPEX-Spot schießt am frühen Abend nach oben!



AKTUELLE SITUATION - ENERGIE

Wichtig: Die Neuregelungen zur Überbauung von Netzanschlüssen und zum Wegfall der EEG-Förderung bei negativen Preisen!

Am 31. Januar 2025 hat der Bundestag zahlreiche Änderungen im Energierecht beschlossen. Wir geben hier einen Überblick über einige besonders praxisrelevante Neuregelungen zum EEG.

06.02.2025 12:00



Hybride Energieparks: Ein neuer Trend Dank Überbauung von Netzanschlüssen

Wertvolle Beiträge zur Energiewende!

15.05.2025 09:30



Wichtiger Impuls: TenneT fordert Kurswechsel bei Netzanschlüssen

Positionspapier zur Weiterentwicklung des Netzanschlussprozesses

28.08.2025 11:00



AKTUELLE SITUATION - ENERGIE

Wichtig: Die Neuregelungen zur Überbauung von Netzanschlüssen und zum Wegfall der EEG-Förderung bei negativen Preisen!

Am 31. Januar 2025 hat der Bundestag zahlreiche Änderungen im Energierecht beschlossen. Wir geben hier einen Überblick über einige besonders praxisrelevante Neuregelungen zum EEG.

06.02.2025 12:00



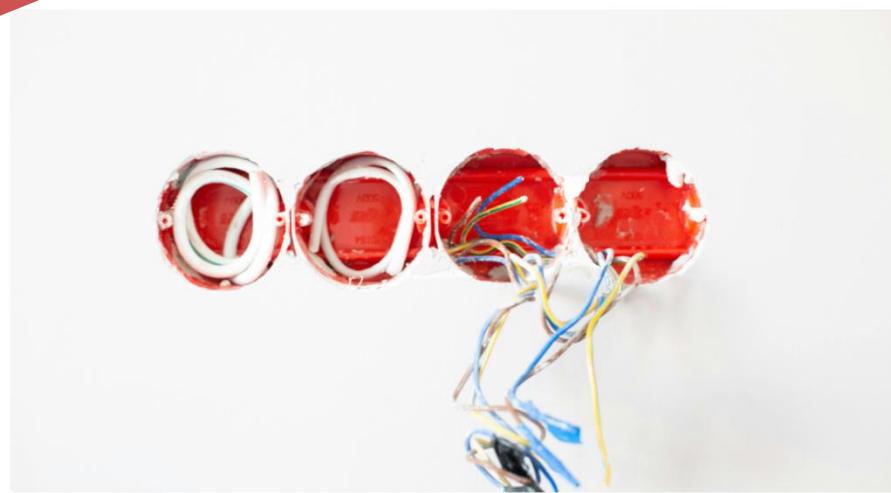
Vielerorts keine Netzanschlüsse oder Leistungssteigerungen für Industrie, Rechenzentren, EE-Anlagen, Speicher vor 2032 bis 2035! Fördert Kurswechsel

Hybride Energieparks: Ein neuer Trend Dank Überbauung von Netzanschlüssen

Wertvolle Beiträge zur Energiewende!



15.05.2025 09:30



AKTUELLE SITUATION - ENERGIE

Bundesrechnungshof fordert Realitätscheck und Plan B für Nationale Wasserstoffstrategie

Erhebliche Risiken für Energiewende, Industriestandort und Bundesfinanzen

03.11.2025 08:45



Foto: pixels-googledeepmind-17485658

Woran scheitert der H2-Hochlauf und wo stecken die Risiken?

Der Bundesrechnungshof nennt folgende wesentliche Fakten:

- **Fehlendes Angebot für eine sichere Versorgung:** Das Angebot soll durch inländische Erzeugung und mindestens zur Hälfte über Importe bereitgestellt werden. Doch weder die inländische Erzeugung noch die vorgesehenen Importe sind bis zum Jahr 2030 realisierbar.
- **Fehlende Nachfrage:** Absehbar fehlt die erforderliche Nachfrage aus dem Energie- und dem Industriesektor. So fehlt mangels klarer Vorgaben für wasserstofffähige Gaskraftwerke ein zentraler Nachfrageimpuls. Geplante Anwendungen in der Industrie entfallen oder verzögern sich.
- **Ziele für Wasserstoff-Kernnetz zu ambitioniert:** Trotz absehbar geringer Auslastung soll das Wasserstoff-Kernnetz bereits im Jahr 2030 zu zwei Dritteln bereitstehen. Angesichts der tatsächlichen Entwicklung von Angebot und Nachfrage ist der Aufbau des Wasserstoff-Kernnetzes zu ambitioniert geplant.

AKTUELLE SITUATION - ENERGIE

Bundesrechnungshof fordert Realitätscheck und Plan B für Nationale Wasserstoffstrategie

Erhebliche Risiken für Energiewende, Industriestandort und Bundesfinanzen

03.11.2025 08:45



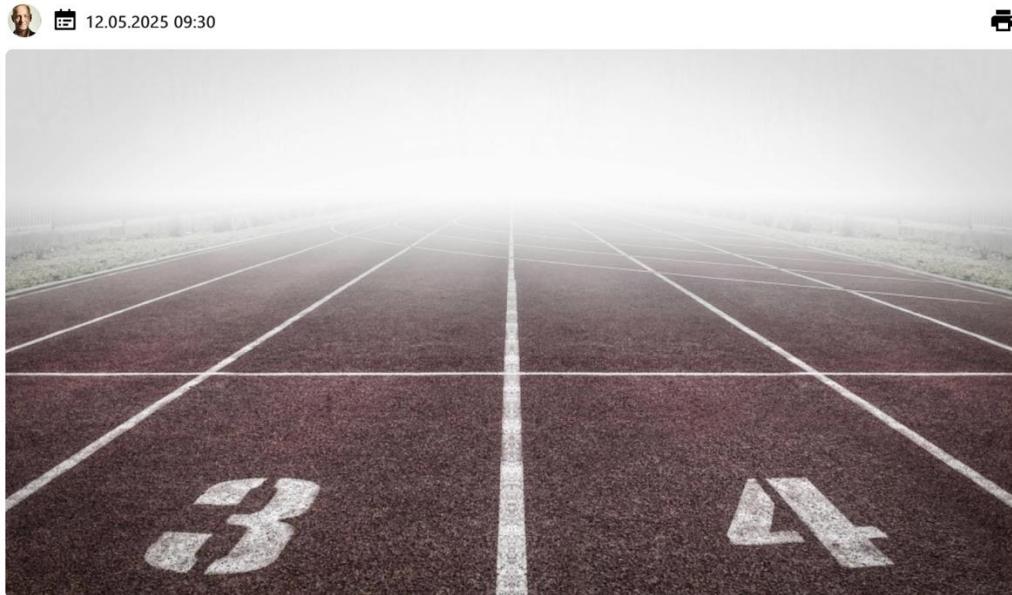
Foto: pixels-googledeepmind-17485658

- **Dauerhafte Belastung des Bundeshaushalts:** Die Bundesregierung ist weit von ihrem Ziel entfernt, bis zum Jahr 2030 eine Wasserstoffwirtschaft zu etablieren. Grüner Wasserstoff bleibt absehbar deutlich teurer als fossile Energieträger – und somit nicht wettbewerbsfähig. Private Investitionen bleiben so aus. Um die Preisunterschiede auszugleichen, müsste die Bundesregierung jährlich mit Milliardenbeträgen subventionieren. Um die Preisdifferenz zwischen Wasserstoff und Erdgas auszugleichen, könnten 2030 allein für Importe Belastungen in Höhe von 3 bis 25 Milliarden Euro für den Bundeshaushalt entstehen. Damit ist eine staatliche Dauerförderung absehbar – mit erheblichen Folgen für die Stabilität der Bundesfinanzen. Scheitert der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft, kann der Finanzierungsmechanismus den Bundeshaushalt zusätzlich mit einem zweistelligen Milliardenbetrag belasten.
- **Unsicherer Beitrag zur Klimaneutralität:** Grüner Wasserstoff hat grundsätzlich das Potenzial, klimaneutral erzeugt und genutzt zu werden. Ob die gewünschte positive Klimawirkung eintritt, ist aber unsicher. Insbesondere beim Import von grünem Wasserstoff können erhebliche Vorkettenemissionen entstehen. Die Bundesregierung will aber mindestens die Hälfte des Wasserstoffbedarfs über Importe decken. Zudem hat die Bundesregierung bei internationalen Ausschreibungen Zugeständnisse bei Nachhaltigkeitsanforderungen gemacht, um überhaupt ausreichend Gebote zu erhalten. Damit bleiben auch Risiken für die Umweltverträglichkeit der Wasserstoffwirtschaft.

AKTUELLE SITUATION - ENERGIE

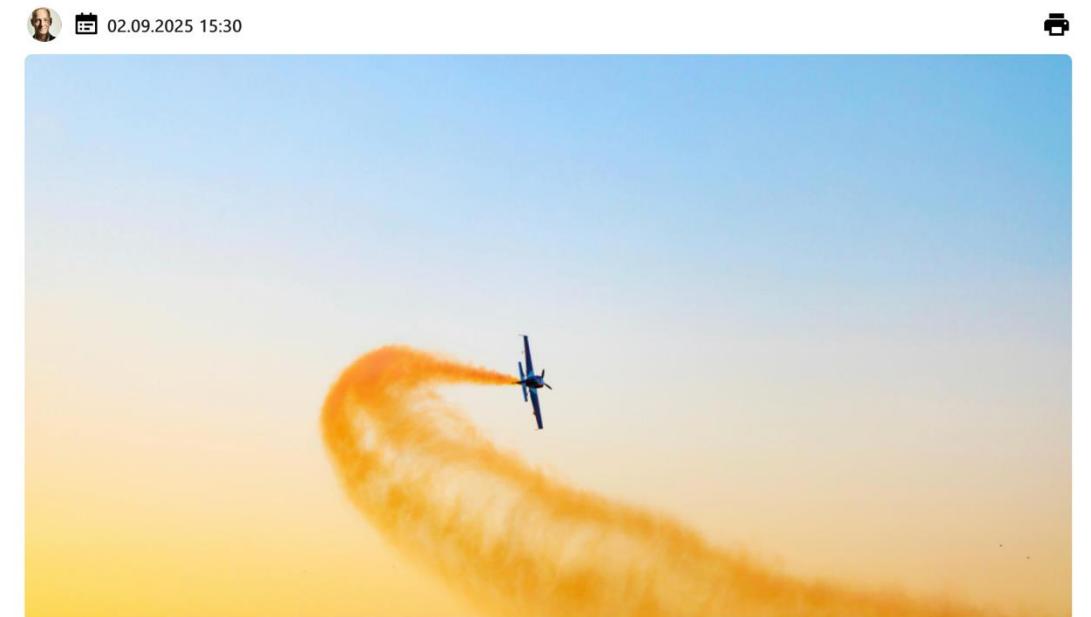
Wirtschaftsministerin Reiche: Tempo bei diesen Themen und Ankündigung eines "Realitätschecks" für die Erneuerbaren

Ambitionierte Ziele und neue Töne bei den Erneuerbaren!



Reiche strebt "Zeitenwende" in der Energiepolitik an!

Landesverband der Erneuerbaren Energien Niedersachsen/Bremen (LEE NDS/HB) und Mittelstandsinitiative EE-Industrie reagieren gemeinsam!



AKTUELLE SITUATION - ENERGIE

Monitoringbericht ist da! Reiche möchte die Energiewende neu angehen - mit zehn "Schlüsselmaßnahmen"

Kommt die Wende der Energiewende?

 16.09.2025 07:30



Die 10 Schlüsselmaßnahmen der künftigen Energiepolitik

1. Ehrliche Bedarfsermittlung und Planungsrealismus
2. Erneuerbare Energien markt- und systemdienlich fördern
3. Netze, Erneuerbare Energien und dezentrale Flexibilität synchron ausbauen
4. Technologieoffenen Kapazitätsmarkt schnell implementieren
5. Flexibilität und Digitalisierung des Stromsystems voranbringen
6. Einheitliche und liquide Energiemärkte erhalten und ausbauen
7. Förderregime überprüfen, Subventionen systematisch senken
8. Forschung zukunftsgerichtet vorantreiben, Innovationen fördern
9. Wasserstoff-Hochlauf pragmatisch fördern, überkomplexe Vorgaben abbauen
10. CCS/CCU als Klimaschutztechnologie etablieren

AKTUELLE SITUATION - ENERGIE

Brüssel beschneidet Reiches Pläne für Gaskraftwerke

Breaking News: Statt 20 GW nur noch 12-12,5 MW in Verhandlung

 22.10.2025 07:30

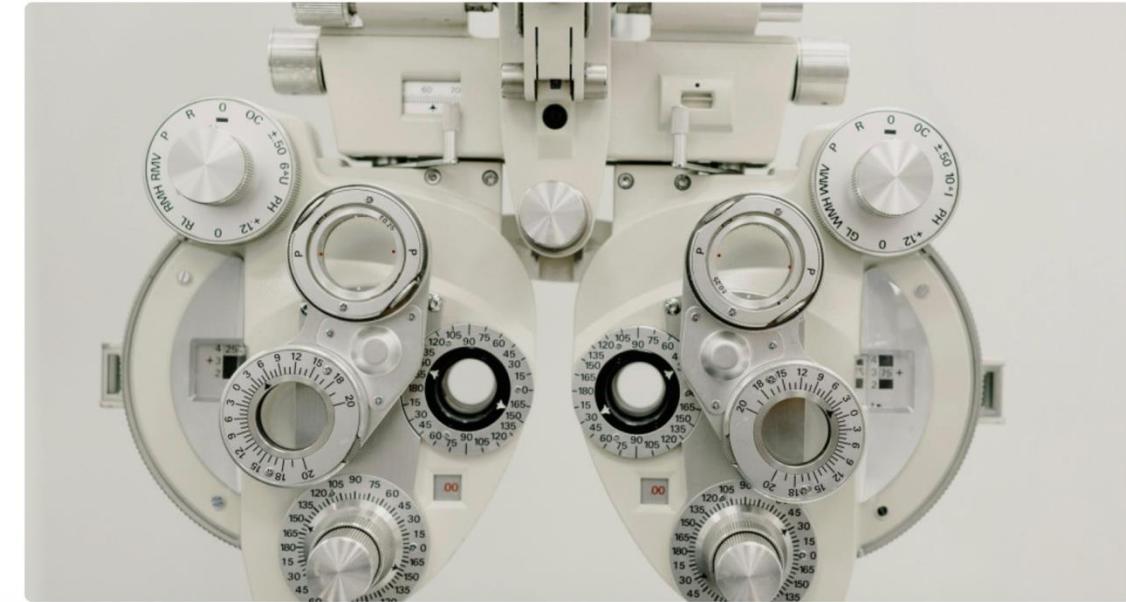


Diverse Medien berichten nun, dass sich Reiche mit ihrem Plan von 20 GW an neuen Gaskraftwerken nicht durchsetzen konnte, es gäbe aber Fortschritte bei der Verhandlung von einer Leistung von 12 bis 12,5 GW. Reiche ist also an demselben Punkt angelangt wie ihr Amtsvorgänger. Es sollen aber noch viele Detailfragen zu klären sein. Dazu zählt z.B. das "H2-ready"-Erfordernis.

Künftige EEG-Förderung: Ausschreibung gibt Einblick in die Überlegungen der Bundesregierung

Potenzialbasierte Modelle sind der Favorit

 04.11.2025 11:00



AKTUELLE SITUATION - ENERGIE

Agora nennt vier Hebel für effiziente Energiewende

Elektrifizierung, Flexibilität, Netzausbau, EE-Ausbau

 03.09.2025 13:45



Agora: Elektrifizierung auf Kurs bringen

"Über eine Senkung der Strompreise, die Überführung der nationalen CO2-Bepreisung in den Europäischen Zertifikatehandel (ETS II), sozial gestaffelte Förderprogramme für E-Autos und Wärmepumpen sowie eine modernisierte Infrastruktur mit flächendeckenden Ladepunkten und Wärmenetzen wird eine beschleunigte Elektrifizierung angereizt."

Agora: Flexibilität stärken

"Maßnahmen, wie etwa dynamische Netzentgelte, kombiniert mit einem digitalisierten Netzmanagement, machen eine netzdienliche Nachfrage für Verbraucherinnen und Verbraucher attraktiv. Auch sollten Ausschreibungen für Versorgungssicherheit günstige Flexibilitäten wie Großbatterien und kurzfristige Verbrauchsanpassungen zum Wettbewerb zulassen, statt sich auf teure Großkraftwerke festzulegen."

Agora: Stromnetzkosten minimieren

"Staatliche Eigenkapitalbeteiligungen, die Bevorzugung von Freileitungen gegenüber Erdkabeln und ein optimierter Netzbetrieb stabilisieren die Netzentgelte. Zudem sinken die umgelegten Kosten pro Kilowattstunde bei einem steigenden Stromverbrauch."

Agora: Erneuerbare Energien effizient ausbauen

"Neue Marktinstrumente zielen auf eine bessere Integration von Windenergie an Land ab, während eine stärkere Fokussierung auf Freiflächen-PV-Anlagen sowie eine optimierte Flächennutzung bei Windkraft auf See in Kooperation mit den europäischen Nachbarn Kosten spart."

AKTUELLE SITUATION - ENERGIE

BNetzA: Ohne Flexibilisierung, steuerbare Kraftwerke und Zubau Erneuerbarer droht Versorgungslücke in 2030

Versorgungsmonitoring bis 2035 von der BNetzA liegt vor

04.09.2025 10:45



Foto: pexels-ferarcosn-211122



Zu welchen Ergebnissen ist die BNetzA bei der Untersuchung der Versorgungssicherheit gelangt?

- Die Stromversorgung in Deutschland ist gewährleistet, wenn bis 2035 **zusätzliche steuerbare Kapazitäten** von bis zu 22,4 GW (Zielszenario) bzw. bis zu 35,5 GW (Szenario "Verzögerte Energiewende") errichtet werden.
- Der Vergleich der beiden Szenarien zeigt, dass insbesondere eine ausbleibende bzw. verzögerte **Flexibilisierung des Stromverbrauchs** den Bedarf an zusätzlichen steuerbaren Kapazitäten wie Kraftwerken weiter erhöhen kann.
- Auch könnten Verzögerungen beim **Zubau von Erzeugungsanlagen**, insbesondere auch der **erneuerbaren Erzeugung** dazu führen, dass der Strommarkt die Nachfrage nicht vollständig decken kann. Für solche Situationen müssten zusätzliche Reserven außerhalb des Strommarktes für die Versorgungssicherheit eingesetzt werden.

AKTUELLE SITUATION - ENERGIE

Gute Nachrichten: Senkung der Netzentgelte 2026

Die Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) haben ihre vorläufigen Netzentgelte für 2026 veröffentlicht.

02.10.2025 11:00



"Die vorläufigen Netzentgelte für 2026 wurden unter Berücksichtigung eines Zuschusses zur anteiligen Finanzierung der Übertragungsnetzkosten ermittelt. Dieser Zuschuss in Höhe von 6,5 Milliarden Euro wurde von der Bundesregierung beschlossen und soll aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) finanziert sowie gesetzlich im neuen § 24c EnWG verankert werden. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung

Industrienetzentgelte: Zeichnet sich ein Kompromiss ab?

Bringen ortsunabhängige Speicher, Konsortien für Großspeicher und PPAs den Durchbruch?



27.10.2025 11:00



Pflichtlektüre: Konzeptpapier zum Industriestrompreis liegt vor!

Agora, EPICO und Marktoffensive EE präsentieren weitsichtiges mit Stakeholdern entwickeltes Papier



07.11.2025 07:30



Energiewende



KlimaInnovation



**Wie schaffen wir
einen marktlichen und
auf erneuerbaren
Energien basierenden
Industriestrompreis?**

Foto: RGC

AKTUELLE SITUATION - ENERGIE

BNetzA-Präsident Müller verspricht
Netzbetreibern höhere Rendite - Ausschöpfung
struktureller Einsparpotenziale und Errichtung
von Kompetenzzentren wären besser!

Netzentgelterhöhungen? Verpufft der Zuschuss der Bundesregierung zu den ÜNB-Netzentgelten?

18.09.2025 07:45



-
BNetzA gewährt Netzbetreibern 215 Mio. € zusätzliche Erlöse pro Jahr

Finale Festlegungen im NEST-Prozess liegen vor

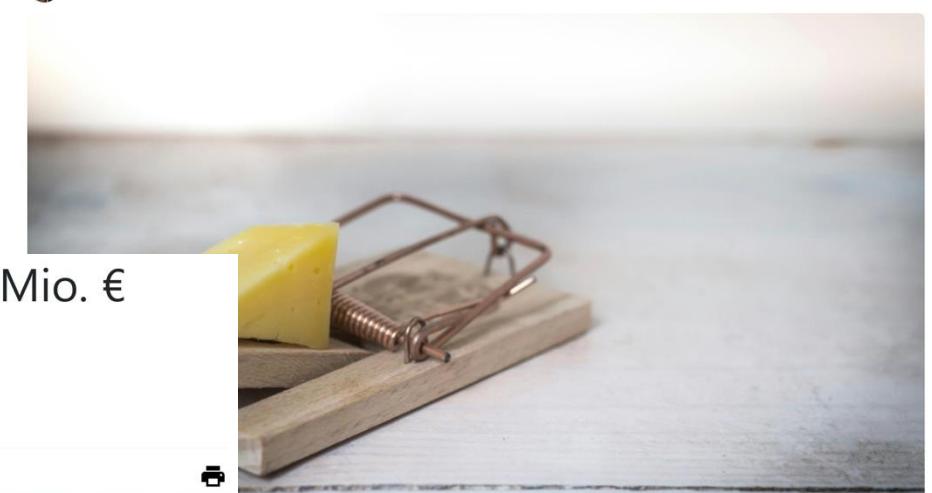
06.11.2025 07:45



9,5 Mrd. € für TenneT - höhere
Renditeversprechen der BNetzA locken
Investoren

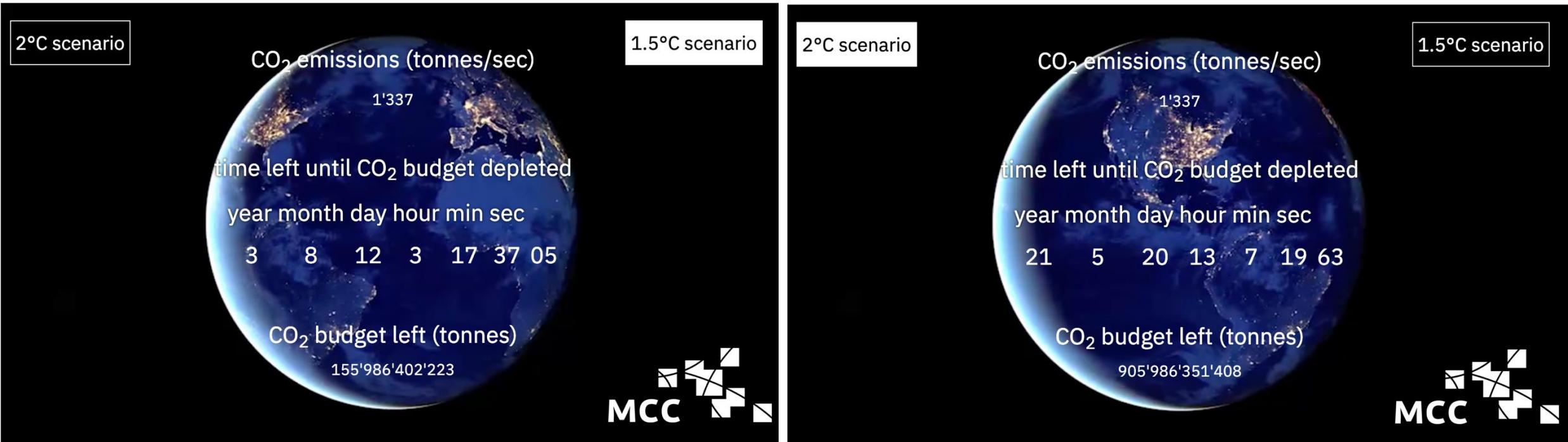
Aber wie heißt es in dem Lied zum Kölner Karneval: "Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld?"

26.09.2025 08:30



AKTUELLE SITUATION – KLIMA

Die CO₂-Uhr der PIK-Forschungsabteilung „Klimaökonomie und Politik – MCC Berlin“ veranschaulicht, wieviel CO₂ in die Atmosphäre abgegeben werden darf, um die globale Erwärmung auf maximal 1,5°C beziehungsweise 2°C zu begrenzen. Mit einem Klick kann man die Schätzungen für beide Temperaturziele vergleichen und sehen, wieviel Zeit im jeweiligen Szenario bleibt.



Quelle: <https://www.mcc-berlin.net/forschung/co2-budget.html>

1,5-Grad-Marke längst gerissen

Klimaforscher wirft Politikern Realitätsverweigerung vor

29.10.2024, 10:27 Uhr



[Artikel anhören](#)



Er ist eines der bekanntesten Gesichter der deutschen Klimaforschung
(Foto: picture alliance/dpa)

Im Gegenteil: Der Gehalt an Treibhausgasen in der Atmosphäre steige vielmehr weiter, teils sogar schneller als befürchtet, sagte Latif. "Ich finde es geradezu lächerlich, dass sich die Weltpolitik immer noch an dem 1,5-Grad-Ziel festhält. Das ist de facto doch längst gerissen." Er sprach von "Realitätsverweigerung". Gegenwärtig sei man auf einem Erwärmungspfad von etwa drei Grad - und selbst diese Marke werde nur dann nicht übertroffen, wenn bisherige Zusagen eingehalten würden.

Quelle: <https://www.n-tv.de/wissen/Festhalten-am-1-5-Grad-Ziel-ist-laecherlich-Klimaforscher-wirft-Politikern-Realitaetsverweigerung-vor-article25321864.html>

AKTUELLE SITUATION - KLIMA

Unserer Erde geht es immer schlechter - auch wenn niemand mehr darüber sprechen möchte

3 neue Fakten aus der Klimaforschung

29.09.2025 07:30



Foto: pexels-cottonbro-5858740

Das Thema Klimaschutz stand in den vergangenen Jahren ganz oben im deutschen Interesse. Das hat sich inzwischen vollständig gedreht. Diesen Wandel zeigte bereits die Befragung aus dem [ZDF-Politbarometer im Mai diesen Jahres](#). Die Befragten rankten ihre Themeninteressen wie folgt:

1. 45 % "Wirtschaft"
2. 21 % "Soziales"
3. 12 % "Asyl/Flüchtlinge"
4. 10 % "Verteidigung"
5. 10 % "Klimaschutz"

PIK: Planetary Health Check 2025

Das Potsdam-Institut für Klimaforschung (PIK) hat jüngst den [Planetary Health Check 2025](#) veröffentlicht. Danach sind mittlerweile sieben der neun kritischen Belastungsgrenzen des Erdsystems überschritten – eine mehr als im Vorjahr. Zusätzlich ist die Ozeanversauerung in den Gefahrenbereich gerutscht.

In der dazugehörigen [Pressemitteilung](#) wird dieses Ergebnis wie folgt eingeordnet:

„Mehr als drei Viertel der lebenswichtigen Erdsystem-Funktionen befinden sich nicht mehr im sicheren Bereich. Die Menschheit verlässt ihren sicheren Handlungsräum und erhöht so das Risiko, den Planeten zu destabilisieren“, sagt Johan Rockström, PIK-Direktor und Co-Autor des Berichts. Die sieben überschrittenen Grenzen sind: Klimawandel, Integrität der Biosphäre, Veränderung der Landnutzung, Veränderung des Süßwasserkreislaufs, Veränderung der biogeochemischen Kreisläufe, Eintrag menschengemachter Substanzen sowie – neu im Jahr 2025 – Ozeanversauerung. Alle sieben zeigen dem Forschungsteam zufolge in eine bedenkliche Richtung.“

AKTUELLE SITUATION - KLIMA

15. Extremwetterkongress in Hamburg - 3 Grad mehr in 2050?

Diverse Klimaexperten äußerten sich auf diesem Kongress sehr besorgt. Die Kolleginnen und Kollegen von [N-TV](#) zitieren diese wie folgt:

- *"Die Beschleunigung der globalen Erwärmung ist derart schnell, dass wir aus der Klimakurve fliegen", sagte Frank Böttcher, Vorsitzender der Deutschen Meteorologischen Gesellschaft und Veranstalter des Kongresses, zum Auftakt der Tagung. "Wir müssten dringend auf die Bremse treten, doch emittieren wir weiterhin viel zu viel CO₂. Wir müssen jetzt mit einer Welt denken und planen, in der wir 2050 bereits die 3-Grad-Grenze überschreiten", warnte der Meteorologe.*

WeltRisikoIndex 2025 – 650 Mrd. Schäden durch Überschwemmungen

Das Bündnis Entwicklung Hilft führt den jährlichen [WeltRisikoIndex](#). In dem Bericht aus 2025 beziffert das Bündnis u.a. die immensen weltweiten Schäden, die allein durch Überschwemmungen verursacht wurden. Überschwemmungen stehen in diesem Jahr im Fokus des Berichts. Dazu heißt es:

„Überschwemmungen zählen zu den häufigsten und verheerendsten extremen Naturereignissen. Zwischen 2000 und 2019 betrafen sie über 1,6 Milliarden Menschen und verursachten wirtschaftliche Schäden im Wert von über 650 Milliarden US-Dollar weltweit.“

Diese Schäden haben in den Folgejahren sicher nicht abgenommen. Wir haben alle noch die verheerenden Bilder von der Hochwasser-Katastrophe im Ahrtal aus 2021 und den Überschwemmungen in Valencia aus 2024 vor Augen.

Unserer Erde geht es immer schlechter - auch wenn niemand mehr darüber sprechen möchte

3 neue Fakten aus der Klimaforschung

 29.09.2025 07:30



Foto: pixels-cottonbro-5858740

AKTUELLE SITUATION - KLIMA

AGORA schreibt lange To-Do-Liste mit Kosten von 540 Mrd. €/Jahr für die Klimaneutralität bis 2045

Neue, umfassende Studie der AGORA-Energiewende "Klimaneutrales Deutschland. Von der Zielsetzung zur Umsetzung." veröffentlicht

17.10.2024 07:30



Erschreckende Evaluierung: Nur 63 von 1.500 Klimamaßnahmen erfolgreich!

Erfolg hängt vom richtigen Mix der Instrumente ab

28.08.2024 08:00



Bundesanstalt Verkehr: CO2-Einsparung durch Tempolimit sehr gering

Bundesverkehrsministerium legt neue Studie zu 130 km/h auf Autobahnen vor

01.04.2025 09:30



AKTUELLE SITUATION – KLIMA



tagesschau

EU beschließt Klimaziel für 2040

Quelle
<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-klimaziel-2040-cop-102.htm>

Einigung in letzter Minute

Stand: 05.11.2025 13:55 Uhr

Die EU-Umweltminister haben sich zu einem neuen Klimaziel für 2040 durchgerungen, das von Zugeständnissen geprägt ist. Um bei der Weltklimakonferenz etwas vorweisen zu können, wurde es eine Marathonsitzung.

Ursprünglich wollte die EU bis 2040 ihren CO2-Ausstoß um 90 Prozent im Vergleich zu 1990 reduzieren. Dabei bleibt es. Die Länder können aber fünf Prozentpunkte durch Kompensationen im Ausland zukaufen - ähnlich wie beim Fliegen: Man kauft Zertifikate, mit denen dann zum Beispiel Bäume in Südamerika gepflanzt werden können.

AKTUELLE SITUATION – KLIMA

Hamburger Volksentscheid: Vorgezogene Klimaneutralität bis 2040!

Klimaschutzverbesserungsgesetz mit verbindlichen jährlichen CO2-Reduktionszielen

 13.10.2025 12:00



Hamburg wird zum Klima-Reallabor

Auf Hamburg kommen sehr große Herausforderungen und Veränderungen zu. Diese wurden in der Diskussion um die Gesetzesinitiative aufgezeigt. Hierzu zählen z.B.

- Austausch aller Gas- und Ölheizungen
- Deutliche Reduzierung des Straßenverkehrs
- Stadtweit Tempo 30
- Umstellung der Brennstoffe der Industrie Wasserstoff und E-Fuels



Energierecht

Als (deutsches) Energierecht verstehen wir insb. das Regulierungsrecht im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) sowie weitere gesetzliche Regelungen mit Energiebezug, z.B. EEG, KWKG, Strom-/EnergiestG, Energiepreisbremsen-gesetze, ...



Klimarecht

Als Klimarecht verstehen wir alle Gesetze mit dem wesentlichen Ziel der Reduzierung von Treibhausgasen und der Steigerung der Nachhaltigkeit, wie z.B. Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG), BEHG, TEHG, Erneuerbaren-Energien-Richtlinie RED (II, III) sowie weitere Regelung, wie Pariser Abkommen, Green Deal (EU)

ENERGIEREGULIERUNG I - GRUNDLAGEN

1. Welche „Energie“ wird reguliert?

- „Energie“ iSd. Art. 2 Nr. 7 GasRL 2003 u. Art. 2 Nr. 19 EltRL 2003 und § 3 Nr. 14 EnWG:
„Elektrizität und Gas, soweit sie zur leitungsgebundenen Energieversorgung verwendet werden.“
- Wasserstoff (H₂)-Netze

2. Besonderheiten von den Handelswaren Strom und Gas

- Leitungsgebunden
- Strom und Gas bisher nur begrenzt speicherbar
- nicht nachlieferbar (Fixcharakter)
- homogen
- kein gezielter Transport vom Erzeuger zum Kunden möglich (Netzvermengung)

ENERGIEREGULIERUNG I - GRUNDLAGEN

3. Märkte von Strom und Gas

- Erzeugung
- Transport (Netz)
- Vertrieb

4. Regulierter Markt

Ausschließlich Transportmarkt (Netz)

ENERGIEREGULIERUNG I - GRUNDLAGEN

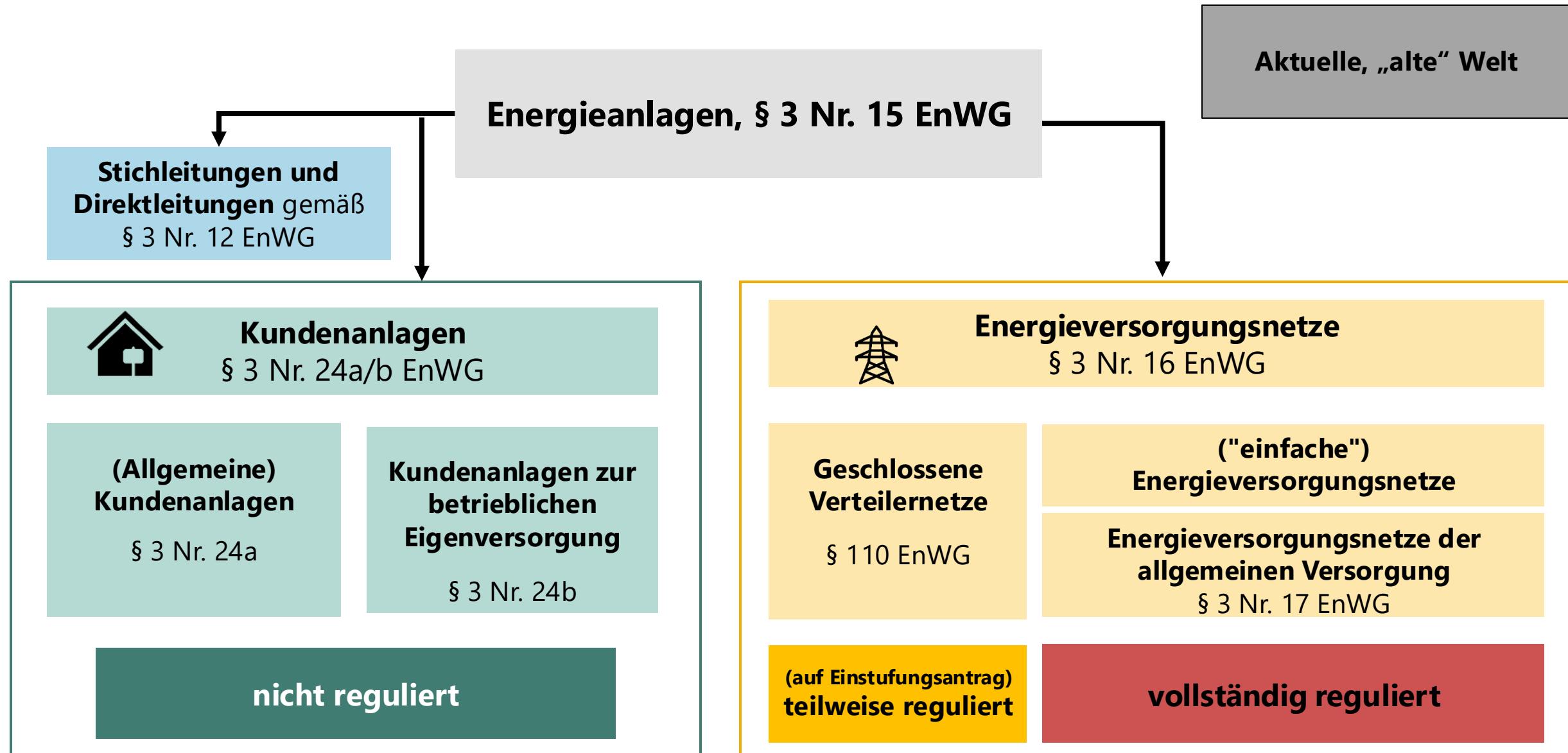
5. Warum wird gerade das Netz reguliert?

- Ohne Netz keine Energielieferung
- Netze haben verschiedene Netzebenen
- Teilnetze haben verschiedene Eigentümer
- **Kein** Wettbewerb! Natürliche Monopole.

6. Was wird reguliert?

- Zugang, Anschluss
- Netzentgelte
- Kontrolle (Regulierungsbehörde)/Verfahren (Missbrauchsverfahren)
- ...

NETZTOPOGRAPHIE VOR DEM EUGH-URTEIL C-293/23 VOM 28.11.2024



Ausnahmen/Beschränkungen von der Regulierung

Aktuelle, „alte“ Welt

Kundenanlagen (§ 3 Nr. 24 a/b EnWG): Keine Regulierung nach dem EnWG!

- Allgemeine Kundenanlage nicht regulierungsbedürftig, weil keine Wettbewerbsrelevanz (§ 3 Nr. 24a EnWG).
- Kundenanlagen zur betrieblichen Eigenversorgung, weil fast ausschließlich zu eigenen Zwecken eingesetzt (§ Nr. 24b EnWG).

Geschlossenen Verteilernetze § 110 EnWG): Beschränkte Regulierung, insb. keine Anreizregulierung

- Gründe: Keine allgemeine Versorgung, sondern nur räumlich begrenzte Industrie- und Gewerbegebiete mit besonderen weiteren Voraussetzungen.

KUNDENANLAGE § 3 NR. 24A/B ENWG (STAND ENWG 18.03.2025)

24a. Kundenanlagen

Energieanlagen zur Abgabe von Energie,

- a) die sich auf einem räumlich zusammengehörenden Gebiet befinden oder bei der durch eine Direktleitung nach Nummer 12 mit einer maximalen Leitungslänge von 5 000 Metern und einer Nennspannung von 10 bis einschließlich 40 Kilovolt Anlagen nach § 3 Nummer 1 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes angebunden sind,
- b) mit einem Energieversorgungsnetz oder mit einer Erzeugungsanlage verbunden sind,
- c) für die Sicherstellung eines wirksamen und unverfälschten Wettbewerbs bei der Versorgung mit Elektrizität und Gas unbedeutend sind und
- d) jedermann zum Zwecke der Belieferung der angeschlossenen Letztverbraucher im Wege der Durchleitung unabhängig von der Wahl des Energielieferanten diskriminierungsfrei und unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden,

24b. Kundenanlagen zur betrieblichen Eigenversorgung

Energieanlagen zur Abgabe von Energie,

- a) die sich auf einem räumlich zusammengehörenden Betriebsgebiet befinden oder bei der durch eine Direktleitung nach Nummer 12 mit einer maximalen Leitungslänge von 5 000 Metern und einer Nennspannung von 10 bis einschließlich 40 Kilovolt Anlagen nach § 3 Nummer 1 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes angebunden sind,
- b) mit einem Energieversorgungsnetz oder mit einer Erzeugungsanlage verbunden sind,
- c) fast ausschließlich dem betriebsnotwendigen Transport von Energie innerhalb des eigenen Unternehmens oder zu verbundenen Unternehmen oder fast ausschließlich dem der Bestimmung des Betriebs geschuldeten Abtransport in ein Energieversorgungsnetz dienen und
- d) jedermann zum Zwecke der Belieferung der an sie angeschlossenen Letztverbraucher im Wege der Durchleitung unabhängig von der Wahl des Energielieferanten diskriminierungsfrei und unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden,

Aktuelle, „alte“ Welt

EuGH-URTEIL C-293/23 (NACH VORLAGEBESCHLUSS DES BGH)

EuGH

EuGH-Urteil: Deutscher Sonderweg der Kundenanlage im vorgelegten Fall ist europarechtswidrig!

Entscheidung zur Kundenanlage in der Rechtssache ENGIE - Deutschland, Az. C-293/23 verkündet

28.11.2024 12:30



Die Bedeutung des EuGH-Urteils C-293/23 für dezentrale (Grünstrom-)Versorgungskonzepte

Erster Teil von unserer RGC-Serie zum EuGH-Urteil

03.12.2024 11:30



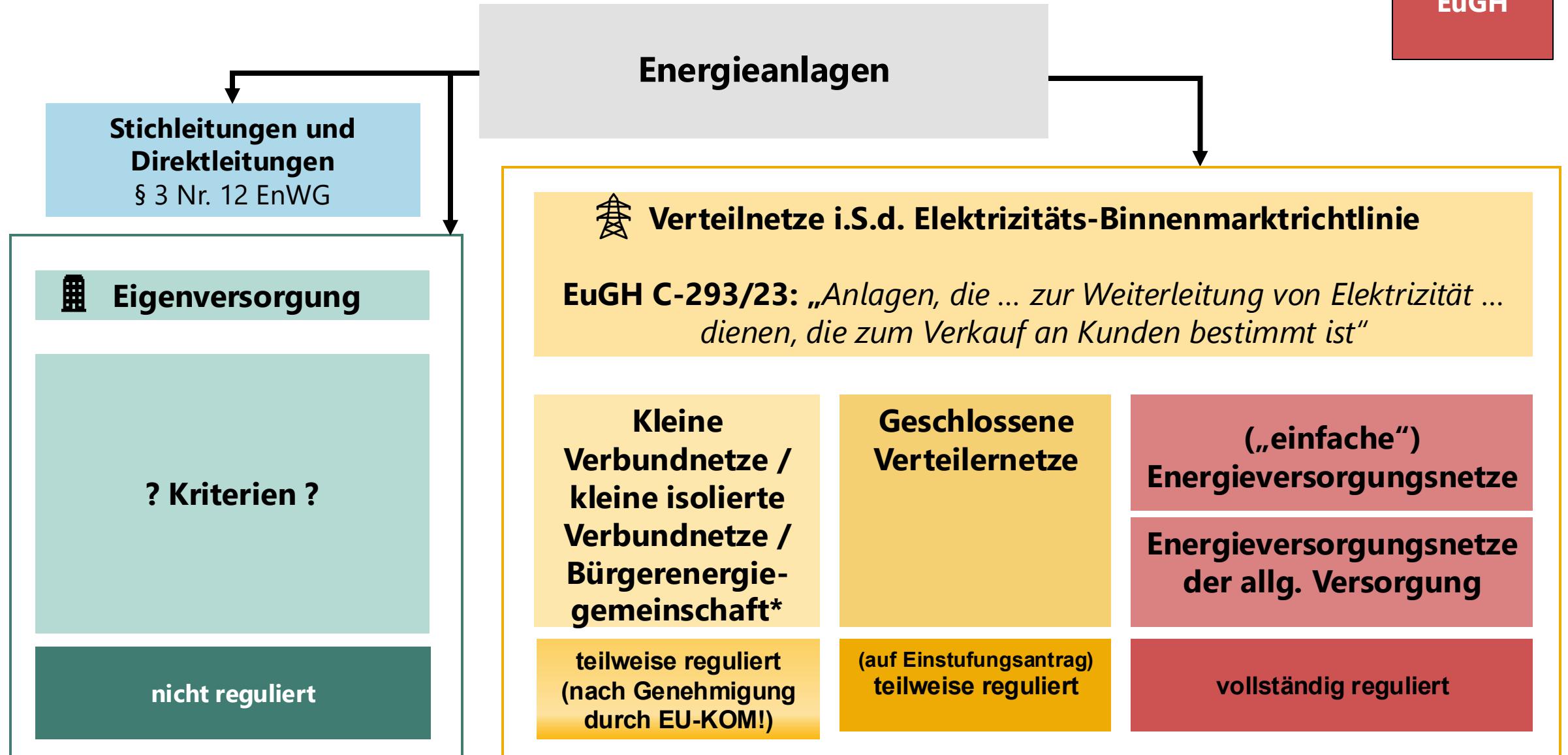
Rechtsrahmen der EuGH-Entscheidung = Richtlinie (EU) 2019/944 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 05.06.2019 mit gemeinsamen Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Änderung der RL 2012/27/EU

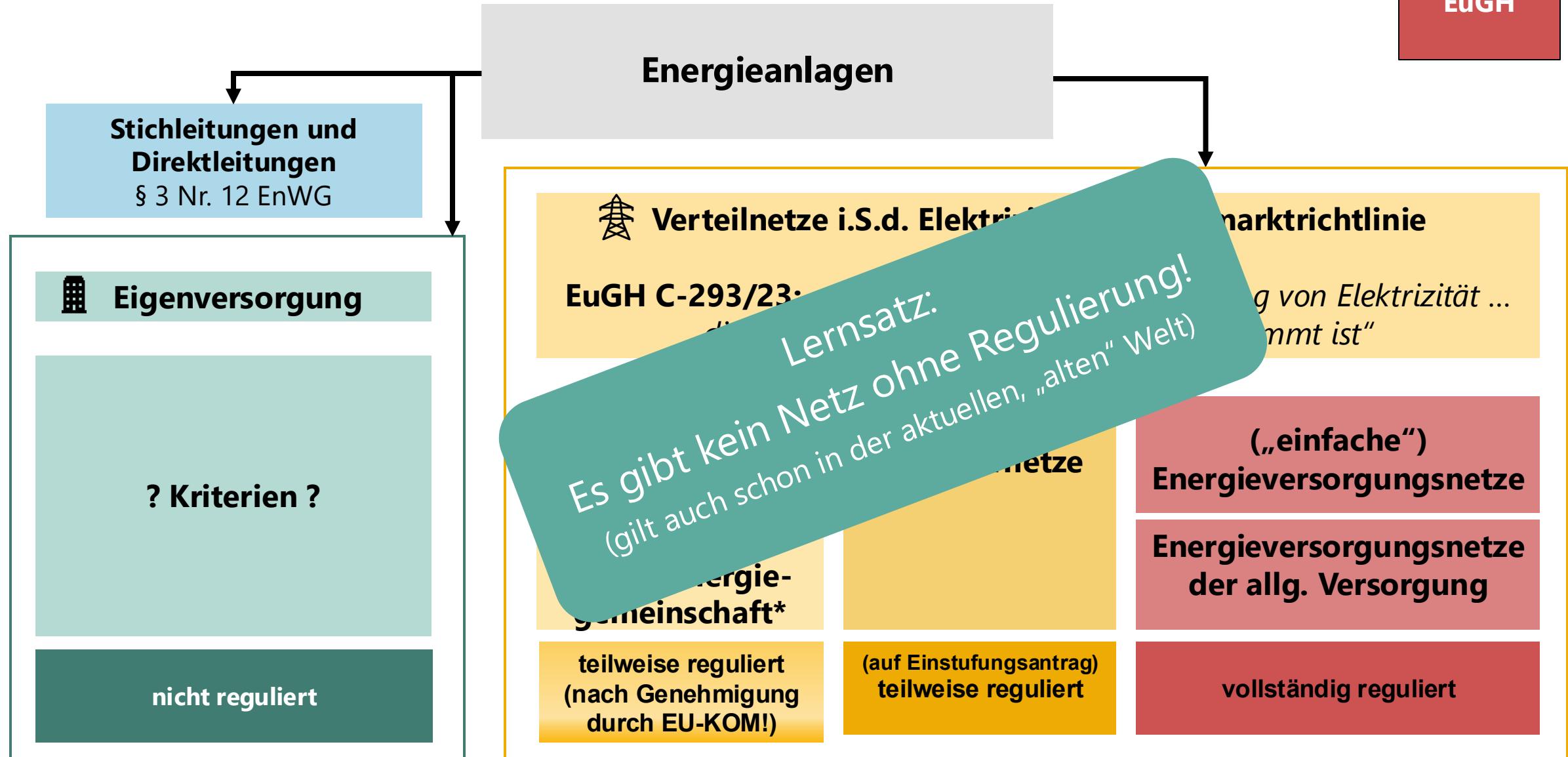
Kernaussagen - EuGH Rz. 52/53:

„Aus den RL-Definitionen geht klar hervor, dass ein **Verteilernetz ein Netz ist, das zur Weiterleitung von Elektrizität mit Hoch-, Mittel- und Niederspannung dient, die zum Verkauf an Großhändler und Endkunden bestimmt ist...** Somit stellen **allein die Spannungsebene... und die Kategorie von Kunden, für die die weitergeleitete Energie bestimmt ist, maßgebliche Kriterien** dar, um festzustellen, ob ein Netz ein Verteilernetz im Sinne der Richtlinie 2019/944 ist...“

Nach **EuGH Rz. 54-58** kommt es ausdrücklich **nicht** auf andere Kriterien an wie

- Zeitpunkt der Errichtung der Kundenanlage/des Netzes
- Dezentrale Stromerzeugung in Kundenanlage für die Kundenanlage
- Privater Betrieb für begrenzte Zahl von privaten Dritten
- Größe und/oder Stromverbrauch in der Kundenanlage
- Unentgeltlichkeit der Weiterleitung





7. Rechtgrundlagen der Regulierung

- Ursprünglich: Europäische Richtlinien für Elektrizitäts- und Erdgasbinnenmarkt
- Aktuell: EU-Verordnungen für Elektrizitäts- und Erdgasbinnenmarkt
- Nationale Umsetzung: Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

EU gibt mit Strommarktreform Richtung für zukünftige EE-Förderung vor, begünstigt Flexibilitäten und bemüht sich um krisensichere Preise

Rat der EU hat die Reformvorschläge der EU-Kommission zum neuen Strommarktdesign formell angenommen



8. Kontrolle?

- Bundesnetzagentur (nicht Bundeskartellamt!)
- Landesregulierungsbehörden

9. Die BNetzA ist die neue Super-Behörde

2. Hintergrund

2021 hat der **Europäische Gerichtshof (EuGH)**

EuGH, Urteil vom 02.09.2021, [C-718/18](#) (Europäische Kommission/Bundesrepublik Deutschland),

entschieden, dass der Bundesgesetzgeber die europarechtlichen Anforderungen an die **Unabhängigkeit der nationalen Regulierungsbehörden (NRB)**, d.h. der **BNetzA**, nicht ordnungsgemäß in nationales Recht umgesetzt habe. Die **unionsrechtlichen Anforderungen an die Behördenunabhängigkeit** ergeben sich aus den Richtlinien 2009/72/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/54/EG im Bereich des Energierechts (**RL 2009/72/EG**)¹ und 2009/73/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/55/EG (**RL 2009/73/EG**)². Vor allem in Art. 35 Abs. 4 Satz 1 der RL 2009/72/EG und Art. 39 Abs. 4 Satz 1 der RL 2009/73/EG wird die Behördenunabhängigkeit explizit bestimmt. Demnach müsse der Bundesgesetzgeber sicherstellen, dass die BNetzA „völlig frei handeln kann und dabei vor jeglicher Weisung und Einflussnahme von außen geschützt ist“.³

Quelle: <https://www.bundestag.de/resource/blob/1011308/1d63ba5879c3f6dcdf81905f11210a92/WD-3-052-24-pdf.pdf>

Dokumentation

Zur Unabhängigkeit der Bundesnetzagentur

Eine Übersicht zur Rechtsprechung des EuGH und Diskussion in der rechtswissenschaftlichen Literatur

ENERGIEREGULIERUNG I - GRUNDLAGEN

„Große Beschlusskammer“ wurde bei der Bundesnetzagentur eingerichtet

Mit der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes wurde bei der Bundesnetzagentur eine „Große Beschlusskammer“ eingerichtet. Sie setzt sich aus dem Präsidium der Bundesnetzagentur sowie den Vorsitzenden der Beschlusskammern und Abteilungsleitungen aus dem Energiebereich zusammen.

Die Große Beschlusskammer ist zuständig für alle bundesweit geltenden Festlegungen zum Netzzugang und zur Ermittlung der Entgelte. Dies umfasst die Kosten- und Anreizregulierung. Die Große Beschlusskammer regelt keine Einzelfestlegungen gegenüber Unternehmen, wie zum Beispiel die Bestimmung von Erlösobergrenzen. Die Große Beschlusskammer kann Festlegungen an eine andere Beschlusskammer übertragen. Hiervon wird sie im Bereich der Entgeltregulierung laut eigenen öffentlichen Äußerungen in Ausnahmen Gebrauch machen. Im Zugangsbereich wird sie diese Möglichkeit laut eigener Aussage umfangreicher nutzen. Eine Koordinierungsstelle unterstützt die Verfahren der Großen Beschlusskammer.

ENERGIEREGULIERUNG I - GRUNDLAGEN

10. Grundsatz: Jedes Energieversorgungsnetz in Deutschland ist reguliert.

Wie: Betreiber von Energieversorgungsnetzen sind die Adressaten der Regulierungsvorschriften.

Beispiele: „Betreiber von Energieversorgungsnetzen haben Letztverbraucher ... anzuschließen“ (§ 17 Abs. 1 EnWG), „Betreiber von Energieversorgungsnetzen haben jedermann ... Netzzugang zu gewähren“ (§ 20 Abs. 1 EnWG).